
RWB Direct Return II GmbH & Co. geschlossene Investment-KG

Oberhaching

Jahresbericht nach KAGB, VermAnIG zum Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist eine geschlossene Publikumsinvestmentkommanditgesellschaft im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB). Zweck der Gesellschaft ist die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach einer festen Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage zum Nutzen der Anleger nach Maßgabe der §§ 261 bis 272 KAGB.

Die Berichtsgesellschaft hat potenziellen Anlegern Kommanditbeteiligungen zur Zeichnung angeboten. Der Platzierungsbeginn erfolgte zum 14.02.2018, die Schließung zum 31.12.2019. Die Gesellschaft verfügt über Einzahlungen auf bestehende Kommanditeinlagen in Höhe von insgesamt TEUR 19.703 (Vj. TEUR 18.901). Abzüglich der zum Bilanzstichtag nicht ergebnisberechtigten Einzahlungen ergeben sich daraus 19.702.984 (Vj. 18.900.804) umlaufende Anteile. In Anwendung der Definition im Gesellschaftsvertrag der RWB Direct Return II GmbH & Co. geschlossene Investment-KG gilt dabei ein eingezahlter und gewinnbezogener Euro als ein Anteil.

Die Gesellschaft ist ein Alternativer Investmentfonds (AIF), der von der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) RWB PrivateCapital Emissionshaus AG verwaltet wird, auf den die Vorschriften des KAGB einschließlich der dazu ergangenen unionsrechtlichen Verordnungen anzuwenden sind. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter und unterhält keine Zweigniederlassungen.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Teilgesellschaftsvermögen.

Anlageziel des AIF ist die Investition in ein global diversifiziertes Portfolio aus Private Equity Zielfondsbeteiligungen, die ihrerseits direkt oder indirekt in Zielunternehmen investieren. Schwerpunkt sollen Zielfonds sein, die zum Investitionszeitpunkt ihren Sitz innerhalb des Geltungsbereiches der AIFM-Richtlinie haben und die ihrerseits die Anlagestrategien Buyout und/oder Growth verfolgen. Insbesondere bis zur Vornahme der Investitionen und Kapitalabrufe durch die Zielfonds kann ein Anteil von bis zu 100 % des zur Verfügung stehenden Kommanditkapitals in Vermögensgegenstände nach Maßgabe der §§ 193 bis 195 KAGB zu Zwecken der verzinslichen Liquiditätsanlage gehalten werden. Ein Anteil von maximal bis zu 10 % des Wertes des AIF kann in Derivate mit dem Zweck der Absicherung gegen Wertverluste der von dem AIF gehaltenen Vermögensgegenstände getätigt werden. Falls erforderlich, ist eine Kreditaufnahme für Rechnung des Investmentvermögens zu marktüblichen Bedingungen maximal bis zu einer Grenze in Höhe von 25 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals möglich.

Die Anlagepolitik des AIF ist insbesondere durch die Investitionstätigkeit als Private Equity Dachfonds sowie durch einen definierten Investitionsprozess in Ansehung der Zielfondsbeteiligungen geprägt. Als Anlageziel des AIF sollen im Rahmen eines mehrstufigen und strukturierten Due Diligence Prozesses solche Zielfondsbeteiligungen für das Portfolio des AIF ausgewählt werden, die ein überdurchschnittliches Renditepotential innerhalb der Anlageklasse Private Equity besitzen. Vor der Investition in einen Zielfonds wird für diesen nach definierten Kriterien, wie z. B. der Erfahrung des Managementteams des Zielfonds, ein Stärken-/Schwächen-Profil erstellt, welches Basis der Investitionsentscheidung des Portfoliomanagements der KVG ist. Zur Erreichung einer innerhalb der Anlageklasse vergleichsweise hohen Anlagesicherheit erfolgen die Investitionen der Gesellschaft nach einem Dachfondskonzept und unter Beachtung von detaillierten Allokationsvorgaben, welche eine Mindestdiversifikation und damit einhergehende Risikostreuung sicherstellen sollen.

Wirtschaftsbericht

Makroökonomisches Umfeld

Das Jahr 2022 schien für einige Unternehmen und Anleger zunächst vielversprechend. Die weiter abklingende Corona-Pandemie und die Aufhebung letzter Beschränkungen sorgten für einen verhaltenen Aufschwung. Dieser wurde jedoch durch den Angriff Russlands auf die Ukraine und die anhaltende Belagerung und die daraus folgende Gas- und Rohstoffknappheit gebremst. Diese Knappheit führte zu stark steigenden Energiepreisen. Aber auch diese und eine insgesamt hohe Inflationsrate konnten den Wunsch der Verbraucher nach Konsum nicht schmälern. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs immerhin um 1,8%. Mit der ‚Dezember-Sofortunterstützung‘, die die Endverbraucher bei den Kosten für Erdgas und Wärme für den Monat Dezember 2022 entlastet, und weiteren geplanten Entlastungen die in 2023 in Kraft treten sollen, wie bspw. die Erhöhung des Kinder- und Wohngeldes, des Kinderzuschlags sowie der Home-Office Pauschale und des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende, wird die Regierung weiter versuchen, die Wirtschaft und Verbraucher zu stärken um einer Rezession entgegen zu wirken.

Nicht nur die deutsche Wirtschaft war in 2022 betroffen von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Die Europäische Union und weitere Länder, wie das Vereinigte Königreich, Japan sowie die U.S.A. erließen diverse Sanktionen gegen den Aggressor Russland, wie beispielsweise Importverbote für Öl, Gas oder Exportverbote von industriellen oder technischen (Hilfs-)mitteln. Diese sorgten jedoch auch weltweit sowohl für Engpässe bei der Versorgung mit Energie und Rohstoffen als auch für gestiegene Preise. Das Bruttoinlandsprodukt der U.S.A. beträgt im Berichtsjahr etwa 2,1%, die EU kommt auf 3,5%.



Vermögenslage / Investitionen

Das Vermögen der Gesellschaft besteht aus den Beteiligungen an Private Equity Zielfonds, deren Marktwert zum Bilanzstichtag TEUR 11.155 (Vj. TEUR 10.274) beträgt, sowie Barmitteln in Form von auf Bankkonten gehaltenen Liquiditätsbeständen der Gesellschaft in Höhe von insgesamt TEUR 11.021 (Vj. TEUR 10.897). Der Zuwachs der Beteiligungen resultiert maßgeblich aus Kapitalabrufen der Zielfonds sowie aus Wertsteigerungen. Die liquiden Mittel der Gesellschaft änderten sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag nur unwesentlich.

Um die notwendige Risikostreuung sicherzustellen, tätigt die Gesellschaft ausschließlich Investitionen nach einem Dachfondskonzept. Zum Bilanzstichtag war sie an insgesamt vier (Vj. vier) Zielfonds beteiligt, welche ihrerseits wiederum nach einem Dachfondskonzept investieren. Diese waren zum Bilanzstichtag an 49 Zielfonds (Vj. 38) beteiligt.

Über die bisherige Laufzeit hat die Gesellschaft bis zum Bilanzstichtag 31.12.2022 TEUR 22.000 (Vj. TEUR 22.000) an verbindlichen Investitionszusagen (Commitments) gegenüber Zielfonds abgegeben. Davon entfallen TEUR 20.000 (Vj. TEUR 20.000) auf Zielfonds mit der Anlagestrategie Buyout und/oder Growth und TEUR 2.000 (Vj. TEUR 2.000) auf Zielfonds, welche andere Anlagestrategien wie beispielsweise Secondary verfolgen.

Von diesen Commitments wurden durch die Zielfonds im Geschäftsjahr TEUR 1.815 (Vj. TEUR 3.222) abgerufen. Von den Zielfonds flossen im Geschäftsjahr TEUR 1.540 (Vj. TEUR 803) zurück.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Haftungsverhältnisse. Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus noch nicht eingeforderten Einlagen der Zielfonds sowie mögliche sonstige finanzielle Verpflichtungen im Zusammenhang mit den bis zum Bilanzstichtag erhaltenen Rückflüssen der Zielfonds, für welche die Möglichkeit besteht, dass Teilbeträge hiervon wieder eingefordert werden (sog. Recallables), bestehen in Höhe von TEUR 14.051 (Vj. TEUR 14.683).

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 sind die wesentlichen Erträge der Gesellschaft solche aus Beteiligungen (TEUR 188, Vj. TEUR 79) sowie aus Veräußerungen (TEUR 889, Vj. TEUR 333).

Verwaltungsvergütungen fielen in Höhe von TEUR 441 (Vj. TEUR 402) an. Diese umfassen wirtschaftlich an die Vertriebsgesellschaft zu leistende Vergütungen sowie laufende Kosten für die Verwaltung des AIF. Andere Aufwendungen beliefen sich auf TEUR 181 (Vj. TEUR 102).

Das realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres und damit die wesentliche Steuerungsgröße bzw. der finanzielle Leistungsindikator beläuft sich auf TEUR 559 (Vj. TEUR -32). Damit wurde die letztjährige Erwartung der Geschäftsführung eines in etwa ausgeglichenen realisierten Ergebnisses übertroffen. Überdies wurden keine nicht finanziellen Leistungsindikatoren definiert, da diese auf Ebene des AIF keine wesentliche Steuerungsrelevanz entfalten.

Finanzlage

Der Zuwachs des Beteiligungsvermögens war konzeptionsgemäß zu erwarten und entspricht der fortschreitenden Lebensdauer der Berichtsgesellschaft. Aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Rückflüsse aus den Zielfonds sind die Barmittel in geringem Umfang gestiegen und spiegeln somit die fortschreitende Investitionstätigkeit der Berichtsgesellschaft wider. Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtszeitraum stets sichergestellt.

Wert und Wertentwicklung

Zum Berichtsstichtag 31.12.2022 zeigt der Nettoinventarwert je Anteil eine geringe Steigerung gegenüber dem Vorjahr (siehe Anhang zum Jahresabschluss in Abschnitt 3). Mit fortschreitender Portfolioreife ist von weiteren Wertsteigerungen der Beteiligungen sowie Veräußerungsgewinnen auszugehen.

Fazit

In Anbetracht der relativ frühen Phase in ihrem Lebenszyklus verlief die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtszeitraum normal und lag im Rahmen der Erwartungen des Vorjahres.

Bericht zur Kapitalverwaltungsgesellschaft (Tätigkeitsbericht)

Die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG wurde mit Wirkung zum 30.01.2018 zur externen Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG diese Tätigkeit mit Schreiben vom 29.10.2014 genehmigt.

Der Verwaltungsvertrag mit der KVG ist bezüglich seiner wesentlichen Merkmale für die Laufzeit und Liquidationsdauer des AIF auf unbestimmte Zeit fest abgeschlossen. Der Verwaltungsvertrag kann nur aus wichtigem Grund unter Einhaltung einer Mindestkündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden. Der Verwaltungsvertrag regelt in seinem Umfang insbesondere das Risiko- und Portfoliomanagement des AIF sowie weitere Verwaltungstätigkeiten, wie die Fondsbuchhaltung und die Anlegerverwaltung, durch die KVG. Im Berichtszeitraum lagen bezüglich dieser genannten Funktionsbereiche keine formalen Auslagerungen im Sinne des § 36 KAGB vor. Lediglich die Funktionsbereiche der Innenrevision, Compliance, Geldwäscheprävention, Investment Controlling und Rechnungswesen der KVG waren über das gesamte Geschäftsjahr hinweg auf zentral tätige Einheiten der MPE-Unternehmensgruppe ausgelagert. Die Haftung der KVG ist - soweit gesetzlich zulässig - vertraglich beschränkt. Insbesondere haftet die KVG nicht für einen bestimmten Anlageerfolg des AIF. Bei der Umsetzung der Anlageverwaltung hat die KVG die Vorgaben der Anlagebedingungen und des Gesellschaftsvertrags zu beachten.

Die von der KVG abrechenbaren Gebühren ergeben sich aus den Anlagebedingungen des AIF. Hierbei betragen die von der KVG während der Beitrittsphase berechneten initialen Aufwendungen maximal 5,00 % (inkl. gesetzlicher US\$) des Ausgabepreises. Die KVG erhält für die Verwaltung des AIF eine jährliche Vergütung bis zur Höhe von 1,95 % p.a. (inkl. gesetzlicher US\$) des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des AIF eines Jahres. Diese ist in der Auszahlungsphase ab dem 01.01.2023 auf 1,45 % der Bemessungsgrundlage reduziert.

Zum 30.06.2022 ist Herr Daniel Bertele aus dem Vorstand der KVG ausgeschieden. Die KVG hat im Geschäftsjahr an ihre Mitarbeiter, einschließlich der Vorstandsmitglieder, fixe Vergütungen in Höhe von TEUR 3.235 und Weihnachtsgeld in Höhe von TEUR 29 gezahlt. An Führungskräfte und Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des inländischen AIF ausgewirkt hat, wurden insgesamt Vergütungen in Höhe von TEUR 1.962 gezahlt. Der Personalbestand (ohne Vorstand) der KVG belief sich dabei im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres auf 43.



Chancen und Risiken

Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft beteiligt sich entsprechend ihrer Allokationsstrategie grundsätzlich an Private Equity Zielfonds weltweit. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf Investitionen in spezialisierte Zielfonds mit Sitz innerhalb des Geltungsbereiches der AIFM-Richtlinie und verfolgten Anlagestrategien wie z. B. Buyout und/oder Growth.

Durch auf Frühphasenfinanzierungen (Venture Capital) spezialisierte Zielfonds kann die Gesellschaft auch an Unternehmen beteiligt sein, die erst relativ kurze Zeit bestehen oder in ihrem Geschäftsfeld noch über wenig operative Erfahrungen verfügen. Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung dieser Unternehmen ist daher prinzipiell mit größeren Unsicherheiten behaftet als bei anderen Unternehmensbeteiligungen wie bspw. bei Buyout-Transaktionen. Dem generell erhöhten Performancerisiko eines frühphasenorientierten Zielfonds steht jedoch eine entsprechend größere Wertsteigerungschance gegenüber.

Investitionen in Zielfonds, welche dem Finanzierungsanlass Buyout zuzuordnen sind, stellen grundsätzlich Investitionen in Unternehmen mit einem bereits etablierten Geschäftsmodell dar. Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung dieser Unternehmen ist daher mit geringeren Unsicherheiten behaftet, obwohl auch hier im Einzelfall Wertminderungen bis zum Totalverlust eintreten können.

Eventuelle Wertminderungen einzelner Unternehmen können jedoch durch Wertsteigerungen anderer Investitionen auf Ebene der Zielfonds zumindest ausgeglichen werden. Um eine Risikoreduktion in Bezug auf die Auswirkung des Ausfalls einzelner Zielunternehmen auf den Gesamtfonds zu erreichen, nimmt die Gesellschaft ihre Investitionen nach einem Dachfondskonzept vor und betreibt eine Diversifikation der Investitionen nach verschiedenen Steuungskriterien.

Bei der Durchführung des Risiko- und Liquiditätsrisikomanagements für die Gesellschaft wird ein Bearbeitungs- und Controlling-System eingesetzt, das auch bei der Verwaltung anderer Zweckgesellschaften und AIF durch die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG bereits im Einsatz ist. Zur Ermittlung von Liquiditätsrisiken wird durch die Gesellschaft im Rahmen einer kurz- bis mittelfristigen Finanzplanung die Soll-Liquidität mit der Ist-Liquidität verglichen und diese den voraussichtlichen Zahlungsverpflichtungen und Zahlungszeitpunkten gegenübergestellt. Zur Ermittlung der Soll-Liquidität werden eigene sowie allgemein verfügbare Erfahrungswerte über Kapitalabrufe und -rückflüsse zu Grunde gelegt und laufend überwacht. In diesem Zusammenhang werden, soweit notwendig, Maßnahmen zur Vermeidung einer möglichen Liquiditätslücke ergriffen.

Chancen

Die wesentlichen Chancen der Gesellschaft, die sich aus einem Investment in der Anlageklasse Private Equity ergeben, bestehen in einem hohen Renditepotenzial und einer innerhalb der Assetklasse vergleichsweise hohen Anlagesicherheit aufgrund der Konstruktion als Dachfonds und der damit einhergehenden Diversifikation. Aus Sicht der Gesellschaft ist zum Beurteilungszeitpunkt keine Neueinschätzung dieser Chancen geboten, da Unternehmensbeteiligungen auch und gerade über Krisenzeiten hinweg langfristig die höchsten Renditen aller Kapitalanlagemöglichkeiten, bei gleichzeitig vergleichsweise geringer Volatilität, erzielt haben. Insbesondere die vollständige Aufhebung der Beschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie, begründet in der Entwicklung und Wirksamkeit von Impfstoffen und dem zunehmenden prozentualen Anteil geimpfter Personen gemessen an der Bevölkerung, ebnet den Weg vom Stadium der Pandemie zur Endemie. Aus der Rückkehr zur Normalität erwächst die Chance zur weiteren Erholung der Gesamtwirtschaft und ceteris paribus der allgemeinen Unternehmenssituation. Hieraus entsteht die Chance auf Wertaufholungen bzw. -steigerungen in den Zielfondsportfolien, die sich mittelbar positiv auf die Entwicklung der Investitionen des AIF auswirken könnten. Zudem könnten in von der Corona-Pandemie betroffenen bzw. sogar teilweise dadurch veränderten Branchen tätige Unternehmen für das Erreichen ihrer an die neuen Umweltbedingungen ausgerichteten strategischen Ziele einen erhöhten Finanzierungsbedarf aufweisen. Hieraus erwächst auf Zielfondsebene die Chance günstiger Einstandspreise und Zugang zu neuen Unternehmensakquisitionen, verbunden mit einem hohen Renditepotential, an dem mittelbar auch die Berichtsgesellschaft partizipieren würde.

Risiken

Die nachfolgende Darstellung von Risiken erfolgt - wo sinnvoll möglich - zunächst vor Risikobegrenzungsmaßnahmen und beschreibt anschließend eben diese. Die Risiken sind gegliedert nach erwarteter Signifikanz bei Risikoeintritt nach Risikobegrenzungsmaßnahmen. Für den AIF waren im Berichtszeitraum die nachfolgend beschriebenen Risiken wesentlich:

Liquiditätsrisiken

Die nachfolgend genannten Risiken münden in dem für den AIF letztlich zentralen Liquiditätsrisiko. Die Liquiditätsrisikosituation wird durch die KVG, unter anderem im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests, fortlaufend überwacht. Der AIF befindet sich derzeit in einer frühen Phase in seinem Gesamtlebenszyklus und verfügt daher über eine noch verhältnismäßig hohe Liquiditätsquote. Daher ist das Risiko des AIF, seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht termingerecht nachkommen zu können, derzeit als gering einzustufen.

Wertschwankungen (Marktpreisrisiken)

Die Berichtsgesellschaft stellt den jeweiligen Zielfonds Kapital zur Verfügung, welches diese wiederum in Zielunternehmen investieren. Die Zielunternehmen operieren ihrerseits unter Einsatz der erhaltenen finanziellen Mittel entsprechend ihrem jeweiligen Unternehmenszweck. Die Berichtsgesellschaft, die Zielfonds und die Anleger tragen somit die allgemeinen wirtschaftlichen Risiken der Zielunternehmen, wie zum Beispiel das Auftreten von Wirtschaftskrisen oder Fehleinschätzungen des Managements. Eintretene Risiken auf Zielunternehmensebene beeinflussen deren Marktwert und können bis zur Insolvenz eines Zielunternehmens führen, wodurch letztlich auch ein Totalverlust des von den Anlegern investierten Kapitals entstehen kann. Insbesondere die aus dem Angriff Russlands auf die Ukraine bzw. den Maßnahmen der Zentralbanken im Rahmen der Geldpolitik resultierenden wirtschaftlichen Folgen können sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zielunternehmen auswirken.

Die regelmäßig berichteten Unternehmenswerte fußen auf Stichtagsbewertungen. Aus diesen Bewertungen resultieren für den AIF jedoch zunächst lediglich unrealisierte Gewinne oder Verluste zu einem bestimmten Zeitpunkt, die keinerlei unmittelbaren Einfluss auf dessen aktuelle Liquiditätsrisikosituation entfalten. Dennoch besteht die Gefahr der Zunahme bestehender bzw. neuer Lieferkettenprobleme, die wiederum negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entfalten könnten. Zudem könnten die Auswirkungen aus dem Angriff Russlands auf die Ukraine bzw. der durch den sprunghaften Anstieg der Inflationsraten eingeleiteten Zinswende der Notenbanken im Rahmen der Geldpolitik in einer wirtschaftlichen Eintrübung münden bzw. diese verschärfen. Daraus resultiert die Gefahr einer verzögerten Rückflussentwicklung durch eine Erhöhung von Liquiditätsreserven auf Zielfondsebene sowie erst später möglichen Unternehmensverkäufen. Ebenso könnten die erzielbaren Veräußerungserlöse für die Zielunternehmen negativ beeinträchtigt werden. Diese Effekte wiederum könnten dann jedoch mittelbar negative Auswirkungen auf die zukünftige Liquiditätsrisikosituation des AIF entfalten.



Durch die Sicherstellung einer ausreichend breiten Streuung wie beispielsweise über Finanzierungsanlässe sowie Regionen versucht das Risikomanagement die eingangs beschriebenen Risiken in ihrer Wirkung abzumildern und trägt zur aktiven Vermeidung sogenannter Klumpenrisiken bei.

Gegenparteirisiken

Über die Laufzeit des AIF besteht ein wesentliches Gegenparteirisiko durch die Gefahr des Ausbleibens von zugesagten Ratenzahlungen der Anleger. Nach der Konzeption des AIF konnten sich Anleger sowohl mit Einmal- wie auch mit Ratenanlagen beteiligen. Hieraus erwächst das Risiko, dass Anleger ihre vertraglich zugesagten Raten nicht weiter bedienen (z. B. wegen Krankheit, beruflicher Situation, Todesfällen). Insbesondere mögliche negative wirtschaftliche Effekte aus dem Ukraine-Konflikt und dem sprunghaften Anstieg der Inflationsrate können sich mittelbar negativ auf die finanziellen Verhältnisse auf Anlegerebene auswirken, wodurch letztlich ebenso das Risiko des Ausbleibens vertraglich zugesagter Raten erwächst.

Die KVG beachtet diesen Risikofaktor bereits in den Planungsannahmen für weitere Investitionszusagen und hat überdies einen Prozess entwickelt, um ausstehende Raten einzufordern.

Währungsrisiken

Die Berichtsgesellschaft wirbt Anlagegelder in Euro ein und tätigt ebenso alle Auszahlungen an die Anleger in Euro. Der Investitionsschwerpunkt des AIF liegt grundsätzlich auf der Beteiligung an Private Equity Zielfonds weltweit. Die Investitionen des AIF in diese Zielfonds werden zum Ende der Investitionsphase des AIF zum überwiegenden Teil in Euro (mind. 70 %) erfolgt sein, jedoch können auch bis zu max. 30 % in Fremdwährungen investiert werden. Die Investitionen der Zielfonds in Zielunternehmen können ebenso in Fremdwährungen erfolgen. Damit ist das Ergebnis der Berichtsgesellschaft zum Teil unmittelbar und mittelbar auch von den hieraus resultierenden möglichen Wechselkurs- und Währungsrisiken abhängig.

Das Risikomanagement trägt durch geeignete Verfahren dazu bei, diese Risiken für den AIF zu minimieren. So wird der AIF beispielsweise nach Tätigung von Investitionen in Fremdwährung ausreichende Liquiditätsreserven in den relevanten Fremdwährungen vorhalten (geglätteter Durchschnittskurs) um Kapitalabrufe, die in Fremdwährung erfolgen, in eben dieser finanzieren zu können. Darüber hinaus werden Rückflüsse aus Zielfondsbeteiligungen in Fremdwährungen zunächst den jeweiligen Fremdwährungs-Liquiditätsreserven zugeführt. Erst nach dem Ende der Kapitalabrufe der jeweiligen Zielfonds werden die Fremdwährungs-Liquiditätsreserven sukzessive aufgelöst und zurück in Euro getauscht. Dieses Vorgehen ermöglicht es, das allen Kapitalabrufen in Fremdwährung inhärente Transaktions- und Operationsrisiko zu reduzieren.

Rechtsrisiken

Nach den für den AIF gültigen Regulierungsvorschriften dürfen neue Investitionen in Zielfonds nur nach vorheriger Erstellung eines Bewertungsgutachtens durch einen externen Bewerter erfolgen. Die Kosten des Gutachtens hat der AIF zu tragen. Die Bereitschaft zur Mandatsübernahme der externen Bewerter sowie die resultierenden Kosten für das Gutachten hängen unmittelbar von der Komplexität des Bewertungsobjektes (Lebenszyklusphase des Zielfonds, strukturelle bzw. vertragliche Komplexität) ab. In der Folge bestehen für den AIF die Gefahr einer steigenden Kostenbelastung sowie die Gefahr von Einschränkungen im Rahmen der Investitionstätigkeit.

Um die Wirkung der oben beschriebenen Risiken abzumildern, hat die KVG Mandatsbeziehungen zu mehreren, von den Aufsichtsbehörden genehmigten externen Bewertern aufgebaut und ergreift aktiv Maßnahmen um die Kostenbelastungen für den AIF so gering wie möglich zu halten.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken erwachsen für den AIF aus der Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen eintreten. Risiken können hierbei unmittelbar auf Ebene des AIF oder mittelbar auf Ebene der KVG entstehen.

Für beide Fälle hat das Risikomanagement Vorkehrungen getroffen. So wurden beispielsweise die aus Sicht der Geschäftsführung wesentlichen Risiken (Kernrisiken), für die auf Grund ihrer Signifikanz eine fortlaufende Überwachung und Steuerung unabdingbar ist, auf beiden Ebenen identifiziert und in einem Risikokatalog abgebildet. Weiterhin wurden ein Organisationshandbuch nebst zugehörigen Abteilungs- und Prozesshandbüchern erarbeitet und Risikopräventions- sowie Eskalationsstrategien kodifiziert, um den Eintritt von Risiken weitgehend vermeiden bzw. eingetretene Risiken sicher beherrschen zu können.

Fazit

Zum Berichtszeitpunkt sind der Geschäftsführung neben potentiellen negativen Entwicklungen aus dem Ukraine-Konflikt oder dem Zins- und Inflationsanstieg keine Tatsachen bekannt, die für die Zukunft eine überdurchschnittliche Eintrittswahrscheinlichkeit einzelner, sich aus der laufenden Marktbeobachtung durch die Berichtsgesellschaft ergebender, systemimmanenter Risiken auf Ebene von (potentiellen) Private Equity Zielfonds erwarten lassen. Änderungen der steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen können den künftigen Erfolg der Gesellschaft jedoch grundsätzlich beeinflussen. Der akute Eintritt bestandsgefährdender Risiken war zum Berichtszeitpunkt nicht erkennbar.

Prognosebericht

Die Gesellschaft befindet sich aktuell in der Aufbauphase ihres Portfolios und tritt erst mit Ablauf des 31.12.2028 in Liquidation. Diese relativ frühe Phase im Lebenszyklus des AIF ist durch Investitionstätigkeit und die damit einhergehenden, für Private Equity typischen, Anfangsverluste („J-Kurve“) geprägt. Diesen sollten jedoch weiter zunehmende Gewinnrealisierungen aus Veräußerungen von Zielunternehmen des bestehenden Portfolios gegenüberstehen. In Gesamtbetrachtung geht die Geschäftsführung für das laufende Geschäftsjahr von einem erneut positiven realisierten Ergebnis aus. Diese Einschätzung erfolgt jedoch unter dem Vorbehalt zukünftiger negativer Entwicklungen, beispielsweise als Spätfolge der Corona-Pandemie oder im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Hieraus resultierende Bewertungsrückgänge der Zielfondsportfolien sowie verzögerte oder sinkende Gewinnrealisierungen könnten indirekt zu einem realisierten Ergebnis nur auf oder leicht unter Vorjahresniveau führen.

1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/>

2) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197319/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-den-usa-nach-quartalen/> :~:text=Das%20annualisierte%20BIP%20in%20den,Prozent%20und%20entgehen%20einer%20Rezession

3)https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159507/umfrage/prognose-zur-entwicklung-des-bip-in-den-laendern-der-eurozone/ :--:text=Prognose%20zum%20Wachstum%20des%20Bruttoinlandsprodukts,den%20EU%20DL%C3%A4ndern%20bis%202024&text=In%20Deutschland%20wird%20laut%20der,1%20C8%20Prozent%20gewachsen%20ist

Oberhaching, den 10. Mai 2023

gez. *Norman Lemke*

gez. *Armin Prokscha*

für die persönlich haftende Gesellschafterin *RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH*

Bilanz

A. Aktiva

	31.12.2022	31.12.2021
I. Beteiligungen	11.155.381,15	10.273.513,32
II. Barmittel und Barmitteläquivalente		
Täglich verfügbare Bankguthaben	11.020.958,36	10.896.634,05
III. Sonstige Vermögensgegenstände	13.142,00	13.142,00
Summe Aktiva	22.189.481,51	21.183.289,37

B. Passiva

	31.12.2022	31.12.2021
I. Rückstellungen	437.001,22	396.197,56
II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
aus anderen Lieferungen und Leistungen	15.010,85	8.951,38
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 15.010,85 / Vj: 8.951,38		
davon Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern EUR 12.510,59 / Vj: 5.894,68		
III. Sonstige Verbindlichkeiten		
Andere	0,00	3.336,51
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 / Vj: 3.336,51		
IV. Eigenkapital		
1. RWB PrivateCapital Emissionshaus AG	8.510,97	8.128,79
2. DMK Mittelstandskontor Beteiligungstreuhand GmbH	851,10	812,88
3. Treugeberkommanditisten	19.467.320,20	18.150.066,99
4. Nicht realisierte Gewinne aus der Neubewertung	-355.008,09	2.330.713,62



	31.12.2022	31.12.2021
5. Gewinnvortrag/Verlustvortrag nicht realisiert	2.615.795,26	285.081,64
Summe Passiva	22.189.481,51	21.183.289,37

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2022	31.12.2021
I. Erträge		
1. Erträge aus Beteiligungen	187.625,05	78.913,47
2. Zinsen und ähnliche Erträge	80.402,05	35.661,99
3. Sonstige betriebliche Erträge	24.011,22	24.990,88
Summe der Erträge	292.038,32	139.566,34
II. Aufwendungen		
1. Verwaltungsvergütung	-441.098,49	-402.233,20
2. Verwahrstellenvergütung	-8.211,00	-8.211,00
3. Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	-20.418,70	-14.553,44
4. Sonstige Aufwendungen	-152.190,97	-79.296,20
Summe Aufwendungen	-621.919,16	-504.293,84
III. Ordentlicher Nettoertrag	-329.880,84	-364.727,50
IV. Veräußerungsgeschäfte		
Realisierte Gewinne	888.766,13	333.057,36
V. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	558.885,29	-31.670,14
VI. Zeitwertänderungen		
Erträge aus der Neubewertung	0,00	2.330.713,62
Aufwendungen aus der Neubewertung	-355.008,09	0,00
Summe des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres	-355.008,09	2.330.713,62
VII. Ergebnis des Geschäftsjahres	203.877,20	2.299.043,48

Anhang für das Geschäftsjahr 2022

Allgemeine Angaben



Die RWB Direct Return II GmbH & Co. geschlossene Investment-KG, Oberhaching, ist eine extern verwaltete geschlossene Investmentgesellschaft (AIF) in der Rechtsform einer Kommanditgesellschaft i. S. d. § 1 Abs. 3, 5, 11 und 13 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Sie ist beim Amtsgericht München unter der Nummer HRA 108238 eingetragen. Die Gesellschaft ist gemäß § 264a Abs. 1 HGB i. V. m. § 267a Abs. 3 Nr. 1 HGB und § 267 Abs. 1 HGB einer kleinen Kapitalgesellschaft gleichgestellt. Größenabhängige Erleichterungen wurden teilweise in Anspruch genommen. Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten. Ferner werden bei der Verwaltung des Investmentvermögens die wichtigsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren gemäß Art. 7 der Offenlegungsverordnung, die sogenannten Principal Adverse Impacts („PAI“), zurzeit nicht berücksichtigt.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 158 Satz 1 KAGB i. V. m. § 135 KAGB unter Berücksichtigung der Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und -Bewertungsverordnung (KARBV) aufgestellt. Soweit sich aus den Vorschriften des KAGB und der KARBV nichts anderes ergibt, sind die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuchs (HGB) anzuwenden.

Die Bilanz ist nach den Bestimmungen des § 135 Abs. 3 KAGB i. V. m. § 21 KARBV in Staffelform aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß § 135 Abs. 4 KAGB i. V. m. § 22 KARBV gegliedert. Der Anhang ist gemäß § 135 Abs. 5 KAGB i. V. m. § 101 Abs. 1 und 2 KAGB und i. V. m. § 25 KARBV erstellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeines

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgt nach den investimentrechtlichen Grundsätzen der §§ 168 f. KAGB i. V. m. §§ 271 f. KAGB und der §§ 26, 28 und 29 KARBV. Die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) hat hierfür eine interne Bewertungsrichtlinie erstellt, welche Verfahren für die ordnungsgemäße, transparente und unabhängige Bewertung der Vermögensgegenstände des Investmentvermögens festlegt. Das Verfahren für die laufende Bewertung folgt dem internationalen Branchenstandard der „International Private Equity and Venture Capital Valuation Guidelines“, die als marktübliches Bewertungsmodell i. S. d. § 28 Abs. 1 KARBV angesehen werden können. Hiernach ist der Nettoinventarwert (NAV) einer eingegangenen Zielfonds-beteiligung der zentrale Anknüpfungspunkt für eine Bewertung im Bereich der Anlageklasse Private Equity Dachfonds. Die KVG hat sich daher bei der Auswahl ihres grundsätzlichen Bewertungsmodells entschieden, eine Methode anzuwenden, in welcher der NAV den Ausgangspunkt der Bewertung darstellt. Hierbei wird im Rahmen der laufenden Bewertung geprüft, ob dieser NAV aufgrund individueller Gegebenheiten, vornehmlich bedingt durch bis zum Zeitpunkt der Bewertung erlangte wertaufhellende Erkenntnisse, anzupassen ist.

Die Gesellschaft besitzt kein Investmentbetriebsvermögen i. S. d. § 156 Abs. 1 KAGB.

Barmittel und Barmitteläquivalente sind mit dem Nennwert bilanziert.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips mit ihrem Nennbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um bestehende und erkennbare Risiken abzudecken.

Die Verbindlichkeiten werden gemäß § 29 Abs. 3 KARBV mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

2.2 Erläuterungen zur Bilanz

Der Anteil der Vermögensgegenstände, welche gemäß § 300 Abs. 1 Nr. 1 KAGB schwer zu liquidieren sind und für die deshalb besondere Regelungen gelten, beträgt 0,00 % des Werts des AIF.

Der AIF tätigte im laufenden Geschäftsjahr keine Wertpapier-Geschäfte.

Die Rückstellungen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
Rückstellungen für laufende Kosten (KVG)	417.065,43	376.155,71
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	19.935,79	20.041,85
Summe	437.001,22	396.197,56

Sämtliche Rückstellungen hatten am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Eine Abzinsung i. S. d. § 253 Abs. 2 S. 1 HGB erfolgte nicht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Geschäftsjahresende EUR 15.010,85 (Vorjahr: EUR 8.951,38), hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von EUR 12.510,59 (Vorjahr: EUR 5.894,68) enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen zum Geschäftsjahresende EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 3.336,51).

Keines der Wirtschaftsgüter ist Gegenstand von Rechten Dritter.

Die Entwicklung des Anlagevermögens i. S. d. § 284 Abs. 3 HGB, die Vermögensaufstellung i. S. d. § 101 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 KAGB, die Verwendungsrechnung i. S. d. § 24 Abs. 1 KARBV, die Entwicklungsrechnung i. S. d. § 24 Abs. 2 KARBV, der Ausweis der Kapitalkonten i. S. d. § 25 Abs. 4 KARBV und die Anteile i. S. d. § 261 Abs. 1 Nr. 6 KAGB ergeben sich aus den dem Anhang beigefügten Anlagen.

Anlagenübersicht:

Anlagenbezeichnung	Anlagenziffer
Entwicklung des Anlagevermögens	Anlage 1
Vermögensaufstellung	Anlage 2
Verwendungsrechnung	Anlage 3
Entwicklungsrechnung	Anlage 4
Ausweis der Kapitalkonten	Anlage 5
Übersicht der durch die Gesellschaft gehaltenen Anteile	Anlage 6

2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erträge aus Beteiligungen betragen im Jahr 2022 insgesamt EUR 188.032,95 (Vorjahr: EUR 78.913,47).

Zinsen und ähnliche Erträge wurden im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von insgesamt EUR 79.994,15 (Vorjahr: EUR 35.661,99) vereinnahmt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen:

	2022 EUR	2021 EUR
Agioerträge	22.326,87	24.481,32
Erträge aus Rücklastschriftgebühren	280,00	380,00
Erträge aus Ausgleichszahlungen	537,50	75,00
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	691,85	54,56
Sonstiges	175,00	0,00
Summe	24.011,22	24.990,88

Die Verwahrstellenvergütung an die Depotbank CACEIS Bank S.A., Germany Branch, München, betrug EUR 8.211,00 (Vorjahr: EUR 8.211,00).

Die Prüfungs- und Veröffentlichungskosten enthalten im Wesentlichen Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von EUR 20.418,70 (Vorjahr: EUR 14.553,44).

Die sonstigen Aufwendungen bestehen aus:

	2022 EUR	2021 EUR
Negativzinsen auf Bankguthaben	30.696,98	57.615,34
Carried Interest	114.564,45	10.951,51
Management Fees and Expenses	4.950,90	7.397,82
Nebenkosten des Geldverkehrs	1.658,81	1.951,32
Nebenkosten des Geldverkehrs RLS	156,93	217,70
Gezahlte Ausgleichszinsen	0,00	996,47
Beiträge	150,00	350,00



	2022 EUR	2021 EUR
Aufwendungen aus Anteilsauflösungen	12,90	33,74
Summe	152.190,97	79.513,90

Im Geschäftsjahr 2022 sind die wesentlichen Erträge der Gesellschaft solche aus Veräußerungen in Höhe von EUR 888.766,13 (Vorjahr: EUR 333.057,36).

Das nicht realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres beträgt EUR -355.008,09 (Vorjahr: EUR 2.330.713,62) und resultiert aus der Neubewertung der Beteiligungen.

Sonstige Angaben

Der Nettoinventarwert des AIF und der Nettoinventarwert je Anteil i. S. d. § 25 Abs. 3 Nr. 5 und § 14 KARBV i. V. m. § 101 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 KAGB betragen:

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Nettoinventarwert des AIF	21.737.469,44	20.774.803,92	17.583.015,32
Nettoinventarwert je Anteil	1,1033	1,0991	0,9775

Die Gesamtkostenquote der an die Kapitalverwaltungsgesellschaft, an Gesellschafter der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder der Fondsgesellschaft sowie an Dritte (Verwahrstelle und Vertriebsgesellschaft) gezahlten laufenden Kosten beläuft sich auf 2,26 % (Vorjahr: 2,40 %).

Die Gesamtkostenquote drückt sämtliche vom AIF im Berichtszeitraum getragenen Kosten (ohne Transaktions- und Emissionskosten) im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettoinventarwert des AIF des laufenden Geschäftsjahres aus.

Transaktionskosten wurden weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr gezahlt.

Dem AIF wurden Verwaltungsvergütungen i. S. d. § 101 Abs. 2 Nr. 4 KAGB in Höhe von insgesamt EUR 441.098,49 (Vorjahr: EUR 402.233,20) berechnet. Hiervon entfällt ein Betrag in Höhe von EUR 22.441,87 (Vorjahr: EUR 24.481,32) auf die initialen Aufwendungen, welche der Fondskonzeption gemäß anfallen.

Die KVG erhält keine Rückvergütungen der aus dem AIF an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwundererstattungen.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Haftungsverhältnisse.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber den Zielfonds aus noch nicht eingeforderten Einlagen sowie im Zusammenhang mit den bis zum Bilanzstichtag erhaltenen Rückflüssen, für welche die Möglichkeit besteht, dass Teilbeträge hiervon wieder eingefordert werden können (sog. Recallables), bestehen in Höhe von EUR 14.051.113,18 (Vorjahr: EUR 14.683.372,90).

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin, RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH, Oberhaching. Ihr Stammkapital beträgt EUR 25.000,00. Sie ist nicht am Eigenkapital der Gesellschaft beteiligt und wird vertreten durch die Geschäftsführer Norman Lemke, Vorstand der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG, Horst Güdel, Aufsichtsratsvorsitzender der Munich Private Equity AG (bis zum 22. Dezember 2022) und Armin Prokscha, Vorstand der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG (seit dem 22. Dezember 2022).

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Oberhaching, den 19. Mai 2023

gez. Norman Lemke

gez. Armin Prokscha

für die persönlich haftende Gesellschafterin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH

Anlagen zum Anhang



ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS für das Geschäftsjahr 2022

Beteiligungen	Anschaffungskosten			31.12.2022 EUR
	01.01.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	
Beteiligungen	7.657.718,06	2.088.917,74	-852.041,82	8.894.593,98
Summe der Beteiligungen	7.657.718,06	2.088.917,74	-852.041,82	8.894.593,98

Beteiligungen	Zeitwertänderungen			31.12.2022 EUR
	01.01.2022 EUR	Zuschreibungen EUR	Abschreibungen EUR	
Beteiligungen	2.615.795,26	0,00	-355.008,09	2.260.787,17
Summe der Beteiligungen	2.615.795,26	0,00	-355.008,09	2.260.787,17

Beteiligungen	Verkehrswert	
	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
Beteiligungen	11.155.381,15	10.273.513,32
Summe der Beteiligungen	11.155.381,15	10.273.513,32

VERMÖGENSAUFSTELLUNG zum 31. Dezember 2022

	Verkehrswert EUR	Anteil am Vermögen %
Beteiligungen		
Beteiligungen	11.155.381,15	51,32%
Barmittel und Barmitteläquivalente		
Täglich verfügbare Bankguthaben	11.020.958,36	50,70%
Sonstige Vermögensgegenstände		
Gewerbesteuerrückforderung	13.142,00	0,06%
Rückstellungen		
Rückstellungen für Sonstiges	-417.065,43	-1,92%
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	-19.935,79	-0,09%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aus anderen Lieferungen und Leistungen		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-2.500,26	-0,01%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ggü. Gesellschaftern	-12.510,59	-0,06%
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00%
Nettoinventarwert	21.737.469,44	100,00%



VERWENDUNGSRECHNUNG zum 31. Dezember 2022

	2022 Insgesamt EUR	2021 Insgesamt EUR
1. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	558.885,29	-31.670,14
2. Belastung auf Kapitalkonten	-558.885,29	31.670,14
3. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

ENTWICKLUNGSRECHNUNG zum 31. Dezember 2022

	Kommanditisten EUR
I. Wert des Kommanditkapitals am Beginn des Geschäftsjahres	20.774.803,92
1. Entnahmen für das Vorjahr	0,00
2. Zwischenentnahmen	-43.433,54
3. Mittelzufluss (netto)	
a) Mittelzuflüsse aus Gesellschaftereintritten	805.494,50
b) Mittelabflüsse wegen Gesellschafteraustritten	-3.272,64
4. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	558.885,29
5. Nicht realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	-355.008,09
II. Wert des Kommanditkapitals am Ende des Geschäftsjahres	21.737.469,44

AUSWEIS DER KAPITALKONTEN (gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages und § 25 Abs. 4 KARBV)

zum 31. Dezember 2022

Entsprechend der Regelung des § 8 des Gesellschaftsvertrages lassen sich die Kapitalkonten der Komplementärin sowie der Kommanditisten in diesem Geschäftsjahr wie folgt darstellen:

Kapitalkonten	Kontobezeichnungen	Komplementärin	
		RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH	
		31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto	0,00	0,00
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto	0,00	0,00
Kapitalkonto III	Entnahmekonto	0,00	0,00
Summe der Kapitalkonten		0,00	0,00

		Kommanditisten			
		RWB PrivateCapital Emissionshaus AG			
Kapitalkonten	Kontobezeichnungen			31.12.2022	31.12.2021
				EUR	EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto			10.000,00	10.000,00
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto			-1.440,11	-1.854,33
Kapitalkonto III	Entnahmekonto			-48,92	-16,88
Summe der Kapitalkonten				8.510,97	8.128,79

		Kommanditisten			
		DMK Mittelstandskontor Beteiligungstreuhand GmbH		Treugeberkommanditisten	
Kapitalkonten	Kontobezeichnungen	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2021
		EUR	EUR	EUR	EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto	1.000,00	1.000,00	19.691.983,76	18.889.804,26
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto	-144,01	-185,43	-160.210,81	-718.682,82
Kapitalkonto III	Entnahmekonto	-4,89	-1,69	-64.452,75	-21.054,45
Summe der Kapitalkonten		851,10	812,88	19.467.320,20	18.150.066,99

ÜBERSICHT DER DURCH DIE GESELLSCHAFT GEHALTENEN ANTEILE zum 31. Dezember 2022

Firma	Rechtsform		Sitz		
Committed Advisors Secondary Fund IV S.L.P.	Kommanditgesellschaft		Frankreich		
MPEP Fund III S.C.S.	Kommanditgesellschaft		Luxemburg		
MPEP Fund IV Europe S.C.S.	Kommanditgesellschaft		Luxemburg		
MPEP Fund IV North America S.C.S.	Kommanditgesellschaft		Luxemburg		

Firma	Zeichnungsdatum	Währung	Gesamtfondsvolumen (in Mio.)	Kapitalzusage (in Mio.)	Verkehrswert (in Mio. EUR)
Committed Advisors Secondary Fund IV S.L.P.	17.05.2019	EUR	1.580,0	2,0	1,9
MPEP Fund III S.C.S.	02.07.2020	EUR	161,6	10,0	7,0
MPEP Fund IV Europe S.C.S.	12.06.2018	EUR	188,0	5,0	0,8
MPEP Fund IV North America S.C.S.	12.06.2018	EUR	203,7	5,0	1,5

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Versicherung der gesetzlichen Vertreter



Wir versichern, dass nach bestem Wissen der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken in Bezug auf die voraussichtliche Entwicklung beschrieben sind.

Oberhaching, den 19. Juni 2023

gez. Norman Lemke

gez. Armin Prokschka

Feststellung des Jahresabschlusses

Die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 erfolgte am 20. September 2023.

Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die RWB Direct Return II GmbH & Co. geschlossene Investment-KG, Oberhaching

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RWB Direct Return II GmbH & Co. geschlossene Investment-KG, Oberhaching, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RWB Direct Return II GmbH & Co. geschlossene Investment-KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) und den einschlägigen europäischen Verordnungen und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und

vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss und entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen.

Gemäß § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen KAGB und den einschlägigen europäischen Verordnungen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.



Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und einschlägigen europäischen Verordnungen zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Vermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen gesetzlichen Vorschriften und der einschlägigen europäischen Verordnungen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Prüfungsurteil

Wir haben die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten der RWB Direct Return II GmbH & Co. geschlossene Investment-KG, Oberhaching, zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erfolgte die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß.

Grundlage für unser Prüfungsurteil

Wir haben die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung



des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu ermöglichen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten ordnungsgemäß ist, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Zuweisung stets aufdeckt. Falsche Zuweisungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Zuweisungen von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Zuweisungen bzw. das Außerkraftsetzen von Kontrollen beinhalten können.

beurteilen wir die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Prüfung des relevanten internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Auswahlverfahren.

München, den 30. Juni 2023

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Schobel, Wirtschaftsprüfer

gez. Völkel, Wirtschaftsprüfer